

FRAKTIONS AUFTRAG S P

betreffend Besserstellung der nicht verheirateten kantonalen MitarbeiterInnen in der Pensionskasse

1. Gesetz über die kantonale Pensionskasse Graubünden (PKG), BR 170.450

Im Artikel 14 sieht das auf 1. Januar 2006 in Kraft gesetzte, revidierte Gesetz über die kantonale Pensionskasse Graubünden (PKG), dass überlebende Lebenspartner dem verwitweten Ehegatten gleichgestellt sind, wenn die Voraussetzungen gemäss Lit. a - d kumulativ erfüllt sind.

Die Partnerrente beträgt 75 Prozent der Ehegattenrente. Hinterlassenenleistungen anderer Sozialversicherungen und Unterhaltsleistungen aus Scheidungsverfahren werden angerechnet.

Diese Regelung, welche den MitarbeiterInnen des Kantons als fortschrittlich und entgegenkommend angepriesen wurde, verdient diese Prädikate bei näherer Betrachtungsweise keineswegs – vielmehr ist das Gegenteil der Fall.

2. Bundesrechtlicher Regelungsspielraum

Artikel 20a des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) gibt den Versicherungsträgern unter dem Titel „Weitere begünstigte Personen“, Lit. a –c, weitere Möglichkeiten, für eine Hinterlassenenleistung.

Ein Vergleich der bundesrechtlichen Regelung mit Artikel 14 des kantonalen Pensionskassengesetzes zeigt nun, dass die kantonale Gesetzgebung den Spielraum, welche das Bundesrecht gibt, keinesfalls im Sinne der kantonalen Angestellten genutzt hat. Die bundesrechtliche Regelung verlangt, dass eine anspruchsberechtigte Person:

- ☐ entweder vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden ist
- ☐ oder mit diesem in den letzten 5 Jahren bis zu seinem Tod ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt hat
- ☐ oder für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen musste.

Demgegenüber verlangt die kantonale Regelung, dass nebst der schriftlichen Erklärung der gegenseitigen Unterstützung kumulativ die Lebensgemeinschaft im gemeinsamen Haushalt in den letzten 5 Jahren vor dem Tod ununterbrochen bestanden hat und der überlebende Lebenspartner vom Verstorbenen in erheblichem Masse unterstützt wurde. Selbst wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt werden, erhält der überlebende Partner lediglich 75% der Ehegattenrente.

Diese Rentenreduktion ist möglicherweise bundesrechtswidrig, da der Bundesgesetzgeber die Möglichkeit einer Rentenreduktion nicht vorsieht.

3. Zusammenfassende Überlegungen

a) Gemäss dem geltenden BVG haben Pensionskassen die Möglichkeiten, Reglemente zu erlassen, welche Versicherte berechtigen, für den Fall ihres Ablebens über die Verwendung ihres Vorsorgekapitals zu verfügen. Begünstigt werden können insbesondere:

- ☐ Personen, welche vom Versicherten in erheblichem Masse unterstützt worden sind
- ☐ Konkubinatspartner, die mit dem Versicherten in den letzten 5 Jahren bis zum Tode ununterbrochen eine Lebensgemeinschaft geführt haben
- ☐ Beim Fehlen von unterstützten Personen oder Konkubinatspartnern können ohne weitere Voraussetzungen Eltern oder Geschwister begünstigt werden
- ☐ Letztlich können sogar die übrigen gesetzlichen Erben im Umfang der einbezahlten Beträge resp. im Umfang von 50% des Vorsorgekapitals begünstigt werden.

Von den erwähnten Begünstigungsmöglichkeiten lässt das kantonale Pensionskassengesetz lediglich unter stark erschwerten Bedingungen die Begünstigung von Konkubinatspartnern zu (kumulativ: 5-jährige ununterbrochene Lebensgemeinschaft vor dem Tod und finanzielle Unterstützung in erheblichem Masse).

Die Begünstigung von Nicht-Lebenspartnern, welche in erheblichem Masse finanziell unterstützt wurden, sieht das kantonale Pensionskassenreglement nicht vor. Ebenso wenig ist die Begünstigung von gesetzlichen Erben möglich.

b) Mit der geltenden Regelung der kantonalen Pensionskasse werden gut 40% der kantonalen Angestellten resp. deren Konkubinatspartner und Angehörige im Falle des vorzeitigen Ablebens der Versicherten erheblich benachteiligt. Je nach Anstellungsdauer leisten sie mehrere 100'000 Franken ihres Erwerbseinkommens an die kantonale Pensionskasse, ohne dass

ihnen nahe stehende Personen, welche sie zu Lebzeiten in erheblichem Masse unterstützt haben oder ihre Konkubinatspartner in den Genuss des Sparkapitals gelangen könnten.

4. Auftrag für eine Besserstellung der nicht verheirateten kantonalen MitarbeiterInnen

Zur Gleichbehandlung von Konkubinatspaaren mit Ehepartnern ist Art. 20a Abs. 1 Lit. a BVG wörtlich ins kantonale Pensionskassengesetz zu übernehmen. Die uneingeschränkte Übernahme dieser Bestimmung stellt zudem sicher, dass allein stehende Versicherte, welche verwandte oder nicht verwandte Personen zu Lebzeiten in erheblichem Masse unterstützt haben, diese Unterstützung auch für den Fall ihres Ablebens im Erwerbsalter sicherstellen können.

Chur, 18. Oktober 2006

Gartmann-Albin, Peyer, Pfenninger, Arquint, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Jaag, Menge, Pfiffner-Bearth, Thöny, Trepp, Locher Benguerel



Sitzung vom

19. Dezember 2006

Mitgeteilt den

22. Dezember 2006

Protokoll Nr.

1401

Fraktionsauftrag SP

betreffend Besserstellung der nicht verheirateten kantonalen MitarbeiterInnen in der Pensionskasse

Antwort der Regierung

Die Kantonale Pensionskasse Graubünden (KPG) bietet nicht nur den kantonalen Mitarbeitenden (wie im Auftragstitel beschrieben), sondern auch Mitarbeitenden von 291 weiteren Arbeitgebenden und deren Hinterlassenen Schutz gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Tod und Invalidität.

Die KPG basiert auf dem Versicherungsprinzip. Demgemäss bildet sie eine Solidargemeinschaft von „Versicherungsnehmern“, die einen Beitrag in einen Pool einzahlen und im Schadenfall aus dem Pool eine Zuwendung erhalten. Die Solidarität hat eine grosse Bedeutung. Sie besteht in der KPG zwischen Versicherten, welche weniger lang leben und solchen, die länger leben, zwischen Erwerbstätigen und Invaliden, zwischen Nichtverheirateten und Verheirateten, zwischen Versicherten mit Kindern und solchen ohne Kinder.

Die Bedingungen der KPG zum Bezug der Hinterlassenenleistungen decken sich weitgehend mit denjenigen des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Art. 19 und 20 BVG). In der KPG ist die Alterslimite für die Anspruchsberechtigung einer Ehegattenrente indessen wesentlich vorteilhafter. In der KPG wird die Erfüllung des 40., im BVG die Erfüllung des 45. Altersjahres verlangt.

Art. 20a BVG hat den Kreis der Begünstigten von Hinterlassenenleistungen erweitert. Danach können Vorsorgeeinrichtungen in ihren Reglementen neben den vorerwähnten Anspruchsberechtigten weitere begünstigte Personen für Hinterlassenenleistungen vorsehen. Die KPG hat mit der Einführung der Lebenspartnerrente auf den 1. Januar 2006 von der Erweiterung des Begünstigtenkreises Gebrauch gemacht. Die Anspruchsberechtigung für Hinterlassenenleistungen wurde damit gegenüber der früheren Regelung deutlich ausgebaut.

Praktisch sämtliche Vorsorgeeinrichtungen (VSE), welche eine Lebenspartnerrente eingeführt haben, kennen eine Kumulation von Anspruchsbedingungen. Sie stützen sich wie die KPG weitgehend auf die bundesgerichtliche Definition des Konkubinales ab. Die KPG hat im Zusammenhang mit dem vorliegenden Auftrag einen Marktvergleich durchgeführt. Die Umfrage bei 25 VSE (21 VSE von Kantonen und Städten und 4 grosse privatrechtliche VSE) hat ergeben, dass 12 VSE eine Lebenspartnerrente kennen, während 13 VSE keine Rentenleistungen an nicht registrierte Lebenspartner ausrichten. Die 12 VSE machen die Anspruchsbedingungen für die Lebenspartnerrente von verschiedenen Bedingungen abhängig, welche alle kumulativ zu erfüllen sind: Bei sämtlichen befragten VSE müssen beide Partner unverheiratet sein

und es darf zwischen ihnen keine Verwandtschaft bestehen. Die Lebensgemeinschaft muss in den letzten fünf Jahren vor dem Tod ununterbrochen bestanden haben. Ferner wird eine erhebliche Unterstützungspflicht verlangt. Einige VSE kennen noch zusätzliche Kriterien. 9 der 12 VSE verlangen zu Lebzeiten eine schriftliche „Konkubinatsbestätigung“, in der die gegenseitige Unterstützung zum Ausdruck gebracht wird. In der Regel gilt das Kriterium der massgeblichen wirtschaftlichen Unterstützung als erfüllt, wenn die bezeichnete Person durch den Lebenspartner wesentlich unterstützt wird und der Wegfall dieser Unterstützung durch den Tod des Lebenspartners eine empfindliche finanzielle Einbusse für den überlebenden Partner darstellt.

Während die Hinterlassenenleistungen an den Lebenspartner bzw. an die Lebenspartnerin in den meisten Vorsorgeeinrichtungen den Hinterlassenenleistungen an den Ehepartner entsprechen, berücksichtigt die KPG bei ihrer Lösung die Leistungen der 1. Säule. Die Altersrenten der AHV werden für Ehepaare bekanntlich plafoniert. Die Summe der beiden Einzelrenten darf nicht grösser sein als 150% der Maximalrente, was zurzeit Fr. 3'225.- im Monat entspricht. Wird dieser Höchstbetrag überschritten, werden die beiden Einzelrenten entsprechend gekürzt. AHV-Renten unverheirateter Partner werden nicht plafoniert. Beide Partner haben Anspruch auf ungekürzte Renten, beispielsweise auf zwei Maximalrenten von Fr. 2'150.-- oder zusammen Fr. 4'300.--. Verheiratete Ehepaare sollen nun in der Kumulation der Leistungen der 1. und der 2. Säule nicht schlechter gestellt sein als unverheiratete, im Konkubinat lebende Partner. In der KPG wurde daher die Lebenspartnerrente auf 75 % der Ehegattenrente festgelegt. Mit der so geregelten Lebenspartnerrente verfügt die KPG über eine fortschrittliche überobligatorische Regelung.

Die KPG befindet sich nach der erfolgten Ausfinanzierung in einer finanziellen Konsolidierungsphase. Neben der jährlichen Aufstockung des Deckungskapitals der Rentner und der über 55-jährigen aktiven Versicherten um 0.5 % infolge der steigenden Lebenserwartung muss der Aufbau der Wertschwankungsreserven primäres Ziel der KPG sein. Leistungsverbesserungen zulasten der Kasse sind erst möglich, wenn die KPG über freie Mittel verfügt. Die Bildung freier Mittel ist erst nach dem Aufbau der Wertschwankungsreserven von 15 % möglich. Sind freie Mittel vorhanden, hat eine höhere Verzinsung der Sparguthaben der aktiven Versicherten erste Priorität. Mit einer erhöhten Verzinsung der Sparguthaben ist letztlich allen aktiven Versicherten gedient.

Eine Ausdehnung des Kreises von Leistungsberechtigten würde zudem zu höheren Kosten für Arbeitgebende und Arbeitnehmende führen. Höhere Kosten im Bereich der beruflichen Vorsorge sind jedoch den Arbeitgebenden (in erster Linie Kanton und Gemeinden) und den Arbeitnehmenden nicht zuzumuten. Angesichts der bereits heute guten, marktfähigen Pensionskassenlösung des Kantons ist ein weiterer Leistungsausbau nach Ansicht der Regierung deshalb nicht vorzusehen.

Aufgrund dieser Darlegungen beantragt die Regierung, den Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Claudio Lardi

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

INCUMBENSA DA FRACZIUN DA LA PS**concernent ina meglra posiziun en la cassa da pensiun per las collavuraturas e per ils collavurats chantunals nubits****1. Lescha davart la cassa da pensiun chantunala dal Grischun (LCPG), DG 170.450**

L'artitgel 14 da la lescha revedida davart la cassa da pensiun chantunala dal Grischun (LCPG), ch'è vegnida messa en vigur per il 1. da schaner 2006, prevesa che la partenaria u ch'il partenari da vita survivornt ha ils medems dretgs sco il conjugal vaiv, sche las premissas tenor las literas a – d èn ademplitas en moda cumulativa.

La renta per la partenaria u per il partenari importa 75 pertschient da la renta per conjugals. Prestaziuns per survivorntas e per survivornts d'autras assicuranzas socialas e prestaziuns da mantegniment or da proceduras da divorzi vegnan messas a quint.

Questa regulaziun ch'era vegnida ludada davant las collavuraturas e davant ils collavurats dal chantun sco progressiva e bainvulenta na merita betg quests predicats, sch'ins la contempla pli detagliadamain – anzi, il cuntrari è il cas.

2. Libertad da regulaziun tar il dretg federal

Sut il titel "Ulteriuras persunas benefiziadas" dat l'artitgel 20a literas a – c da la lescha federala davart la prevenziun professiunala per vegliadetgna, survivornts ed invaliditad (LPP) ulteriuras pussaivladads da prestaziuns per survivorntas e per survivornts a las assicuranzas.

Ina cumparegliaziun da la regulaziun federala cun l'artitgel 14 da la lescha chantunala davart la cassa da pensiun mussa che la libertad d'agir che vegn concedida dal dretg federal n'è insumma betg vegnida nizzegiada da la legislaziun chantunala en il senn da las emploiadas e dals emploiads chantunals. La regulaziun federala pretenda ch'ina persuna che ha il dretg sin ina renta:

- saja vegnida sustegnida en moda considerabla da la persuna assicurada
- u haja manà ina communidad da vita cun la persuna assicurada, e quai senza interrupziun durant ils ultims 5 onns fin a sia mort
- u haja stuì procurar per il mantegniment d'in u da plirs uffants comunabels.

Ultra da la declaranza en scrit concernent il sustegn vicendaivel pretenda la regulaziun chantunala percenter en moda cumulativa che la communidad da vita haja existì senza interrupziun en la chasada comunabla durant ils 5 ultims onns avant la mort e che la partenaria u ch'il partenari da vita survivornt saja vegnì sustegnì en moda considerabla da la persuna defuncta. Perfin sche questas duas premissas vegnan ademplitas, survegn la partenaria u il partenari survivornt mo 75% da la renta per conjugals.

Questa reducziun da las rentas cuntrafa eventualmain al dretg federal, cunquai ch'il legislatur federal na prevesa naginas pussaivladads da reducir las rentas.

3. Ponderaziuns resumantas

a) Tenor la LPP vertenta han las cassas da pensiun la pussaivladad da relaschar reglaments che permettian a las persunas assicuradas da disponer davart l'utilisaziun da lur chapital da prevenziun en cas da lur mort. Cuntant las suandantas persunas pon vegnir benefiziadas:

- persunas ch'èn vegnidas sustegnidas en moda considerabla da la persuna assicurada
- partenarias e partenaris da concubinat che han manà ina communidad da vita cun la persuna assicurada, e quai senza interrupziun durant ils ultims 5 onns fin a sia mort
- sch'i n'èn betg avant maun persunas sustegnidas u partenarias e partenaris da concubinat, pon vegnir benefiziadas senza ulteriuras premissas geniturs u fragliuns
- la finala pon schizunt las ulteriuras ertavlas ed ils ulteriurs ertavels legals vegnir benefiziads en la dimensiun dals imports ch'èn vegnids pajads resp. en la dimensiun da 50% dal chapital da prevenziun.

Da las pussaivladads da benefizi ch'èn menziunadas qua survart permetta la lescha chantunala davart la cassa da pensiun sut cundiziuns fitg difficilas sulettamain da benefiziar partenarias e partenaris da concubinat (en moda cumulativa: communidad da vita senza interrupziun durant 5 onns avant la mort e sustegn finanziel considerabel).

Il reglament chantunal davart la cassa da pensiun na prevesa betg da benefiziar persunas che n'èn betg partenarias da vita, ma ch'èn vegnidas sustegnidas finanzielmain en moda considerabla. Gist uschè pauc èsi pussaivel da benefiziar ertavlas ed ertavels legals.

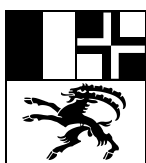
b) La regulaziun vertenta da la cassa da pensiun chantunala disfavourisescha var 40% da las emploiadas e dals emploiads chantunals resp. lur partenarias e lur partenaris da concubinat sco er lur confamigliaras e lur confamigliars en cas d'ina mort prematura da la persuna assicurada. Tut tenor la durada da l'engaschament pajan ellas ed els plirs 100'000 francs da lur entradas da gudogn a la cassa da pensiun chantunala, senza che persunas che han ina stretga relaziun cun ellas e las qualas ellas han sustegnì en moda considerabla durant lur vita ubain lur partenaria u lur partenari da concubinat possian profitar dal chapital da respargn.

4. Incumbensa per meglierar la posiziun da las collavuraturas e dals collavurats chantunals nubils

Per tractar pèrs da concubinat en moda eguala sco conjugals sto l'artitgel 20a alinea 1 litera a LPP vegnir surpiglià pled per pled en la lescha chantunala davart la cassa da pensiun. Cun surpigliar questa disposiziun senza restricziuns vegni plinavant garantì che persunas assicuradas che vivan sulettas – e che han sustegnì durant lur vita en moda considerabla persunas parentas u betg parentas – pon garantir quest sustegn er en cas ch'ellas moran avant lur pensiunament.

Cuira, ils 18 d'october 2006

Gartmann-Albin, Peyer, Pfenninger, Arquint, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Jaag, Menge, Pfiffner-Bearth, Thöny, Trepp, Locher Benguerel



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

19 da december 2006

22 da december 2006

1401

Incumbensa da fracziun da la PS

concernent ina meglra posiziun en la cassa da pensiun
per las collavuraturas e per ils collavuraturs chantunals nubils

Resposta da la regenza

La cassa da pensiun chantunala dal Grischun (CP) na porscha ina protecziun cunter las consequenzas economicas da la vegliadetgna, da la mort e da l'invaliditad betg mo a las collavuraturas ed als collavuraturs chantunals (sco quai ch'i vegn descrit en il titel da l'incumbensa), mabain er a collavuraturas ed a collavuraturs da 291 patrunas e patrunds sco er a lur surviventas ed a lur survivents.

La CP sa basa sin il princip d'assicuranza. Consequentamain è ella ina cuminanza solidara da "persunas assicuradas" che pajan ina contribuziun en in pool, ma che survegnan er ina contribuziun or dal pool en cas d'in donn. La solidaritad ha ina gronda impurtanza. En la CP exista quella tranter las persunas assicuradas che vivan main ditg e talas che vivan pli ditg, tranter persunas cun activitad da gudogn e persunas invalidas, tranter persunas nubilas e persunas maridadas, tranter persunas assicuradas cun uffants e talas senza uffants.

Las cundiziuns da la CP per retrair prestaziuns per surviventas e per survivents èn per gronda part identicas cun quellas da la lescha federala davart la prevenziun professiunala per vegliadetgna, survivents ed invaliditad (art. 19 e 20 LPP). En la CP è la limita da vegliadetgna per il dretg sin ina renta per conjugals dentant bler pli favuraivla. La CP pretenda ch'ins haja cumplenì 40 onns, la LPP ch'ins haja cumplenì 45 onns.

L'art. 20a LPP ha engrondì il circol da las persunas che vegnan benefiziadas da prestaziuns per surviventas e per survivents. Tenor questa disposiziun pon las instituziuns da prevenziun (IP) prevair en lur reglaments – ultra da las persunas che han il dretg sin ina renta e ch'èn menziunadas qua survart – ulteriuras persunas che vegnan benefiziadas da prestaziuns per surviventas e per survivents. Cun l'introducziun da la renta per la partenaria u per il partenari da vita ha la CP fatg diever da l'engroniment dal circol da las persunas benefiziadas, e quai per il 1. da schaner 2006. Il dretg sin prestaziuns per surviventas e per survivents è vegnì extendì considerablamain en cumparegliaziun cun la regulaziun da pli baud.

Praticamain tut las IP che han introduci ina renta per la partenaria u per il partenari da vita enconuschan ina cumulaziun da cundiziuns per retrair tala. Sco la CP sa basan quellas per gronda part sin la definiziun dal concubinat tras il tribunal federal. En connex cun l'incumbensa qua avant maun ha la CP fatg ina cumparegliaziun dal martgà. L'enquista tar 25 IP (21 IP da chantuns e da citads e 4 grondas IP dal dretg privat) ha mussà che 12 IP enconuschan ina renta per la partenaria u per il partenari da vita, entant che 13 IP na pajan naginas rentas a partenarias u a partenaris da vita registrads. Las 12 IP collieschan las cundiziuns per retrair la renta per la partenaria u per il partenari da vita cun differentas cundiziuns che ston vegnir ademplitas en moda cumulativa. Tar tut las IP ch'èn vegnidadas dumandadas ston omaduas partenarias u omadus partenaris esser nubils ed i na dastga betg exister ina relaziun da parentela tranter ellas u tranter els. La communitad da vita sto avair existì senza interrupziun durant ils tschintg ultims onns avant la mort. Plinavant vegn pretendida ina obligaziun

da sustegn considerabla. Intginas IP enconuschan anc ulteriurs criteris. 9 da las 12 IP pretendan – durant che las partenarias e ch'ils partenaris èn anc en vita – ina "conferma da concubinad" en scrit che exprima il sustegn vicendaivel. Per regla vala il criteri dal sustegn economic decisiv sco adempli, sche la persuna, che vegn designada da la partenaria u dal partenari da vita, vegn sustegnida essenzialmain e sch'igl è ina perdita finanziaria delicata per la partenaria u per il partenari che surviva, en cas che quest sustegn croda d'avent pervia da la mort da la partenaria u dal partenari da vita.

Entant che las prestaziuns a la partenaria u al partenari da vita survivent correspundan – en la gronda part da las IP – a las prestaziuns a la conjugala u al conjugal survivent, resguarda la soluziun da la CP las prestaziuns da la 1. pitga. Per conjugals vegnan enconuschentamain limitadas las rentas da vegliadetgna da la AVS. La summa da las duas rentas singulas na dastga betg esser pli gronda che 150 % da la renta maximala, quai che corresponda actualmain a 3'225.– francs per mais. Sche quest import maximal vegn surpassà, vegnan reducidas correspondentamain las duas rentas singulas. Rentas da la AVS da partenarias e da partenaris betg maridads na vegnan betg limitadas. Omaduas partenarias u omadus partenaris han il dretg sin rentas betg reducidas, p.ex. sin duas rentas maximalas da 2'150.– francs u da totalmain 4'300.– francs. En la cumulaziun da las prestaziuns da la 1. pitga e da la 2. pitga na duain partenarias e partenaris maridads pia betg avoir ussa ina mendra posiziun che partenarias e che partenaris nubils che vivan en il concubinad. En la CP è la renta per la partenaria u per il partenari da vita vegnida fixada a 75 % da la renta per conjugals. Cun reglar en questa moda la renta per la partenaria u per il partenari da vita dispona la CP d'ina regulaziun prospectiva suobligatoria.

Suenter che la finanziaziun restanta è terminada, sa chatta la CP en ina fasa finanziaria da consolidaziun. Ultra d'augmentar annualmain per 0,5 % il chapital da garanzia da las personas pensiunadas e da las personas assicuradas activas ch'èn pli veglias che 55 onns, quai ch'è ina conseguenza da l'augment da l'aspetativa da vita, stoi esser la finamira primara da la CP da crear reservas en cas da midadas da la valur. Igl è pussaivel da meglierar las prestaziuns a quint da la cassa pir, cur che la CP dispona da meds finansials libers. Ed igl è pussaivel da crear quests meds finansials libers pir, suenter che las reservas da 15 % en cas da midadas da la valur èn creadas. Ina giada ch'ils meds finansials libers èn avant maun, ha in meglier tschains per ils dabuns da spargn da las personas assicuradas activas l'emprima prioritad. In meglier tschains per ils dabuns da spargn è la finala in avantatg per tut las personas assicuradas activas.

In engrondiment dal circol da las personas che vegnan benefiziadas da prestaziuns per survivents e per survivents chaschunass ultra da quai custs pli gronds per las patrunas e per ils patruns sco er per las lavurantas e per ils lavurants. Custs pli gronds en il sector da la prevenziun professiunala na pon dentant vegnir spetgads ni da las patrunas e dals patruns (en emprima lingia dal chantun e da las vischnancas) ni da las lavurantas e dals lavurants. En vista al fatg che la soluziun chantunala da la cassa da pensiun è gia oz buna ed adattada al martgà, na duai in ulteriur augment da las prestaziuns betg vegnir previs tenor l'avis da la regenza.

Sin basa da questas explicaziuns propona la regenza da refusar l'incumbensa.



En num da la regenza

Il president:

Claudio Lardi

Claudio Lardi

Il chancelier:

dr. C. Riesen

dr. C. Riesen

INCARICO DI FRAZIONE PS

concernente il miglioramento della posizione delle collaboratrici e dei collaboratori cantonali non coniugati nella Cassa pensioni

1. Legge sulla Cassa cantonale pensioni dei Grigioni (LCPG), CSC 170.450

L'articolo 14 della legge riveduta sulla Cassa cantonale pensioni dei Grigioni (LCPG), entrata in vigore il 1° gennaio 2006, prevede che il convivente superstite sia equiparato al coniuge vedovo se sono cumulativamente soddisfatti i presupposti alle lettere a - d.

La rendita per il convivente ammonta al 75 per cento della pensione vedovile. Vengono computate prestazioni per superstiti di altre assicurazioni sociali e gli alimenti da procedure di divorzio.

Questa regolamentazione che alle collaboratrici e ai collaboratori del Cantone è stata lodata come innovativa e favorevole, non merita per niente queste lodi ad un più attento esame, semmai il contrario.

2. Margine di regolamentazione federale

L'articolo 20a della legge federale sulla previdenza professionale per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità (LPP) offre agli assicuratori al titolo "Altri beneficiari", lett. a-c, altre possibilità per prestazioni per i superstiti.

Un confronto della regolamentazione federale con l'articolo 14 della legge sulla Cassa cantonale pensioni dei Grigioni mostra che la legislazione cantonale non ha certamente sfruttato il margine di manovra concesso dal diritto federale a favore degli impiegati cantonali. La regolamentazione federale chiede che una persona avente diritto:

- ☐ sia stata assistita in misura considerevole dall'assicurato
- ☐ oppure abbia ininterrottamente convissuto con lui negli ultimi cinque anni prima del decesso
- ☐ oppure abbia dovuto provvedere al sostentamento di uno o più figli comuni.

La regolamentazione cantonale chiede per contro che oltre alla dichiarazione scritta riguardo al reciproco sostegno vi sia stata una convivenza ininterrotta nella stessa economica domestica negli ultimi cinque anni prima del decesso e che la persona deceduta abbia sostenuto il convivente superstite in notevole misura. Anche se questi due presupposti sono soddisfatti, il convivente superstite riceve soltanto il 75% della pensione vedovile.

Questa riduzione della pensione è con tutta probabilità contraria al diritto federale, dato che il legislatore federale non prevede la possibilità di una riduzione della pensione.

3. Riflessioni riassuntive

a) Conformemente alla LPP le Casse pensioni hanno la possibilità di emanare regolamenti che consentano agli assicurati di decidere sull'impiego del loro capitale di previdenza in caso del loro decesso. Possono essere dichiarati beneficiari delle prestazioni in particolare:

- ☐ le persone che sono state assistite in misura considerevole dall'assicurato
- ☐ il concubino che ha ininterrottamente convissuto con l'assicurato negli ultimi cinque anni prima del decesso
- ☐ in assenza di persone assistite o di concubini possono essere dichiarati come beneficiari delle prestazioni senza soddisfare ulteriori presupposti i genitori o i fratelli e le sorelle
- ☐ da ultimo possono addirittura essere dichiarati come beneficiari delle prestazioni gli altri eredi legali nella proporzione dei contributi versati o del 50% del capitale di previdenza.

Delle possibilità di beneficio menzionate la legge sulla Cassa cantonale pensioni dei Grigioni ammette soltanto a condizioni molto restrittive quella per i concubini (cumulativamente: convivenza ininterrotta di almeno cinque anni prima del decesso e sostegno finanziario in notevole misura).

Il regolamento cantonale sulla Cassa pensioni non prevede la possibilità di dichiarare come beneficiari delle prestazioni i non-conviventi che sono stati sostenuti finanziariamente in notevole misura. Tanto meno è possibile dichiarare come beneficiari delle prestazioni gli eredi legali.

b) Con la regolamentazione vigente della Cassa cantonale pensioni ben il 40% degli impiegati cantonali risp. dei loro concubini e familiari vengono considerevolmente svantaggiati in caso di decesso prematuro degli assicurati. A seconda della durata dell'impiego essi versano diverse centinaia di migliaia di franchi del loro reddito lavorativo alla Cassa cantonale

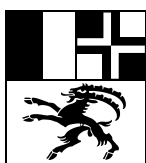
pensioni senza che le persone a loro vicine che hanno sostenuto in notevole misura quando erano in vita o i loro concubini possano beneficiare del capitale di risparmio.

4. Incarico per migliorare la posizione delle collaboratrici e dei collaboratori cantonali non coniugati

Per garantire la parità di trattamento tra concubini e coniugi l'art. 20a cpv. 1 lett. a LPP deve essere inserito alla lettera nella legge sulla Cassa cantonale pensioni dei Grigioni. L'inserimento senza restrizioni di questa disposizione garantisce inoltre che gli assicurati che vivono soli e che hanno sostenuto in misura notevole parenti o persone non imparentate quando erano in vita possano garantire questo sostegno anche in caso del loro decesso in età attiva.

Coira, 18 ottobre 2006

Gartmann-Albin, Peyer, Pfenninger, Arquint, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Jaag, Menge, Pfiffner-Bearth, Thöny, Trepp, Locher Benguerel



Seduta del

19 dicembre 2006

Comunicata il

22 dicembre 2006

Protocollo n.

1401

Incarico di frazione PS

concernente il miglioramento della posizione delle collaboratrici e dei collaboratori cantonali non coniugati nella Cassa pensioni

Risposta del Governo

La Cassa cantonale pensioni dei Grigioni (CPG) offre protezione contro le conseguenze economiche della vecchiaia, del decesso e dell'invalidità non soltanto alle collaboratrici e ai collaboratori dell'Amministrazione cantonale (come scritto nel titolo dell'incarico), ma anche alle collaboratrici e ai collaboratori di altri 291 datori di lavoro e ai loro superstiti.

La CPG si basa sul principio dell'assicurazione. Conformemente a ciò essa costituisce una comunità solidale di "assicurati" che versano un contributo in un pool, ma che ricevono un contributo dal pool in caso di sinistro. La solidarietà ha una grande importanza. Nella CPG esiste la solidarietà tra assicurati che vivono più a lungo e assicurati che vivono meno a lungo, tra esercitanti un'attività lucrativa e invalidi, tra persone non coniugate e persone coniugate e tra assicurati con figli e assicurati senza figli.

Le condizioni della CPG per l'ottenimento di prestazioni per i superstiti corrispondono in ampia misura a quelle della legge federale sulla previdenza professionale per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità (art. 19 e 20 LPP). Nella CPG il limite d'età per il diritto ad una pensione vedovile è però molto più vantaggioso. Nella CPG è richiesto il compimento del 40° anno d'età, nella LPP del 45° anno d'età.

L'art. 20a LPP ha esteso la cerchia dei beneficiari di prestazioni per i superstiti. Gli istituti di previdenza possono infatti prevedere nei loro regolamenti, oltre agli aventi diritto summenzionati, altri beneficiari di prestazioni per i superstiti. Con l'introduzione della rendita per il convivente, il 1° gennaio 2006, la CPG ha fatto uso di questa possibilità di ampliamento della cerchia dei beneficiari. Il diritto alle prestazioni per i superstiti è stato così chiaramente esteso rispetto alla precedente regolamentazione.

Praticamente tutti gli istituti di previdenza che hanno introdotto una rendita per il convivente conoscono una cumulazione di condizioni per il diritto alla rendita. Come la CPG essi si basano in ampia misura sulla definizione del concubinato del Tribunale federale. In relazione al presente incarico la CPG ha svolto un confronto di mercato. Dal sondaggio condotto presso 25 istituti di previdenza (21 istituti di previdenza di Cantoni e città e 4 grandi istituti di previdenza di diritto privato) è emerso che 12 istituti di previdenza conoscono una rendita per il convivente, mentre 13 istituti di previdenza non versano rendite ai conviventi non registrati. 12 istituti di previdenza fanno dipendere il diritto alla rendita per il convivente da diverse condizioni che devono essere soddisfatte cumulativamente: in tutti gli istituti di previdenza intervistati nessuno dei conviventi deve essere coniugato e non vi possono essere rapporti di parentela tra di essi. Vi deve essere stata una convivenza ininterrotta negli ultimi cinque anni

prima del decesso. È inoltre richiesto un obbligo di sostegno in notevole misura. Alcuni istituti di previdenza conoscono criteri supplementari. 9 su 12 istituti di previdenza richiedono una dichiarazione scritta relativa al concubinato, che deve essere rilasciata quando entrambi i conviventi sono ancora in vita, nella quale si esprima il sostegno reciproco. Di regola, il criterio del sostegno economico determinante è considerato soddisfatto se la persona designata viene sostenuta in notevole misura dal convivente e se il venir meno di questo sostegno in seguito al decesso del convivente rappresenta una sensibile perdita finanziaria per il convivente superstite.

Mentre le prestazioni per il convivente superstite corrispondono nella maggior parte degli istituti di previdenza alle prestazioni per il coniuge superstite, la soluzione della CPG tiene conto delle prestazioni del primo pilastro. Come noto le rendite di vecchiaia dell'AVS sono limitate ad un tetto massimo. La somma delle due singole rendite non deve essere superiore al 150% della rendita massima, ciò che al momento corrisponde a fr. 3'225.- mensili. Se questo importo massimo viene superato, le due singole rendite vengono ridotte di conseguenza. Le rendite AVS di conviventi non coniugati non sono limitate ad un tetto massimo. Entrambi i conviventi hanno diritto a rendite non ridotte, ad esempio a due rendite massime di fr. 2'150.-- o insieme a fr. 4'300.--. Nella cumulazione delle prestazioni del primo e del secondo pilastro i coniugi non devono essere svantaggiati rispetto ai concubini. Per questo motivo nella CPG la rendita per il convivente è stata fissata al 75 % della pensione vedovile. Disciplinando in questo modo la rendita per il convivente, la CPG dispone di una regolamentazione innovativa sovraobbligatoria.

Ora che il finanziamento residuo è stato concluso, la CPG si trova in una fase di consolidamento finanziario. Oltre all'aumento annuale dello 0,5 % del capitale di copertura dei beneficiari di rendite e degli assicurati attivi con più di 55 anni in seguito alla crescente aspettativa di vita, l'obiettivo primario della CPG deve essere la costituzione di riserve di fluttuazione. Miglioramenti delle prestazioni a carico della Cassa saranno possibili soltanto quando la CPG disporrà di mezzi liberi. La costituzione di mezzi liberi sarà possibile soltanto dopo aver costituito riserve di fluttuazione pari al 15%. Una volta disponibili i mezzi liberi, la priorità sarà data ad un maggiore interesse sull'avere a risparmio degli assicurati attivi. Un maggiore interesse sull'avere a risparmio torna da ultimo a beneficio di tutti gli assicurati attivi.

Un ampliamento della cerchia dei beneficiari di prestazioni comporterebbe inoltre costi supplementari per i datori di lavoro e i lavoratori. Costi maggiori nel settore della previdenza professionale non possono però essere richiesti ai datori di lavoro (in primo luogo Cantone e comuni) e ai lavoratori. In considerazione del fatto che la soluzione adottata dalla Cassa pensioni dei Grigioni è già oggi buona e adeguata al mercato, secondo il Governo non deve perciò essere previsto un ulteriore aumento delle prestazioni.

In base a quanto esposto il Governo chiede di respingere l'incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Claudio Lardi

Il Cancelliere:

dott. C. Riesen